

Kulturkampf – weil die Verhältnisse

Sportvereine nehmen die Kulturförderung der Kommunen

Schluss mit lustig: Die Schieflage zwischen Kultur- und Sportförderung beschwört in Kommunen Missstimmung herauf. Wirtschaftliche Not und Sparzwänge in Städten und Gemeinden haben inzwischen empfindliche Kürzungen in der Sport- und Vereinsförderung zur Folge. Reichlich Vereine stehen mit dem Rücken zur Wand. Im Existenzkampf erhöhen explodierende Energiekosten den Druck zusätzlich, die Klubs mit eigenen Anlagen den Spielraum beschneiden. An Sportentwicklung ist vielerorts nicht mehr denken.

Überlebenstraining diktiert das Handeln in den Vorständen. In der Not schrecken diese nun vor einem „Kulturkampf“ nicht mehr zurück. Was bisher tabu war, weil sich die Vereinsbewegung als Teil der Kultur versteht und kulturelle Werte pflegt, oder allenfalls hinter vorgehaltener Hand bemäkelt wurde, kommt nun öffentlich auf den Prüfstand. Der Solidarpakt, Sportförderung nicht mit Kulturförderung aufzurechnen, bröckelt.

Bündnisse werden geschmiedet, Hochrechnungen zirkulieren, die Kommunen und Ländern den Spiegel vorhalten: Hier weiterhin großzügige Förderung von Theatern, Konzerthallen, Museen, professionellen Orchestern – vielerorts unangetastet. Dort der unerbittliche Rotstift im Sportetat. Die frühere Bundeshauptstadt Bonn mag als Parade-Beispiel dienen, dass

der schlafende Riese Vereinsport erwacht. Die Initiative „Pro Sportstadt Bonn (PSB)“ versteht sich als selbstbewusste – inzwischen erfolgreiche – Hilfe zur Selbsthilfe. PSB wirbelt seit einem Jahr nun Sportentwicklung und –förderung der Stadt (300.000 Einwohner) kräftig durcheinander. Dabei treibt sie Stadtsportbund und Kommunalpolitiker vor sich her.

Nach der Ankündigung, 300.000 Euro Zuschüsse zu streichen und mit dem Muskelspiel des neuen Sportdezernenten („Sport ist Privatsache“) Sportstätten-Nutzungsgebühren zu erheben, war das Maß voll. Michael Scharf, 16 Jahre Vorsitzender der Schwimmsportfreunde (SSF) Bonn, obendrein Leiter des Olympiastützpunktes, warf mit zwei weiteren Vorsitzenden den Stein ins Wasser. Schnell sammelten sich 20 Vereine unter dem Banner „Pro Sportstadt Bonn (PSB)“. Heute sind über 60 Clubs der Stadt, die 60.000 der 70.000 Sportvereins-Mitglieder repräsentieren, plus 130 neue Mitglieder in dieser der Bürger-Initiative – eine Parallelwelt zum trägen, politisch gefärbten Stadtsportbund – sportpolitisch unterwegs. Der Landessportbund übernahm vor der Landtagswahl im Mai in Nordrhein-Westfalen den Forderungskatalog von PSB als Wahlprüfsteine.

Zielformulierungen lauten: Sportkonzept für die Sportstadt, die keine ist. Zuständigkeitswechsel: weg vom Kultur- und

Sport- hin zum Jugend- und Sozialamt. Transparente Verwendung der Sportpau-schale des Landes. Pflege und Unterhalt der Vereinsan-lagen und städtischen Sport-anlagen (Übernahme durch Vereine). Keine Konkurrenz-angebote der Stadt im Sport. Und die Kern-Forderung: Ausgewogene Sport- und Kulturförderung. PSB publi-zierte die Schieflagen im Etat: Kultur wird in Bonn sechs Mal höher (60 Millio-nen Euro) gefördert als der Sport. Von dessen 10 Millio-nen Euro per anno werden Personalkosten der Verwal-tung und der Unterhaltung der Bäder abgezogen.



Michael Scharf: „Letztlich bleiben für die Jugendförderung 185.692 Euro im Jahr. Allein ein Opernabend (1.000 Besucher) wird mit 180.000 Euro subventioniert.“ Obendrein schlossen die Kulturschaffenden langfristige Verträge mit der Stadt, die selbst in Notzeiten Bestand haben.

PSB rechnete aus: Sechs Millionen Besucher auf Sportanlagen im Jahr kosten die Stadt pro Nase 65 Cent, 185.000 Theaterbesucher 170 Euro pro Kopf. Scharf: „Hier laufen die Verhältnisse total aus dem Ruder.“ Inzwischen sind die Bürger sensibilisiert. Die Medien tragen das Thema in die Öffentlichkeit. Der Druck hat die Politiker aufgeschreckt. 300.000 Euro Kürzungen wurden zurückgenommen. Plötzlich standen 400.000 Euro mehr im städtischen Haushalt. Die Bürger- und Vereins-Initiative zeigt Wirkung. Scharf: „Wir müssen das mit der Bevölkerung machen, man hat damit eine sehr starke Akzeptanz.“

Bonns Beispiel macht Schule: Das Maß an Toleranz ist auch in Darmstadt (142.000 Einwohner) inzwischen für viele der gut 100 Sportvereine voll. Auch in der „Sportstadt mit Herz“ (Eigenwerbung) sehen die Clubvorstände Sparlasten ungerecht verteilt und blasen zum Kulturkampf. „Wir werden es auch so machen wie in Bonn“, betont Harry Distelmann, Vorsitzender von RW Darmstadt und Vorstandsmitglied im Sportkreis 33 Darmstadt. Die aktuell geplanten kräftigen Kürzungen der Stadt, deren chronisch defizitärer Haushalt unter Kuratel des Regierungspräsidenten steht, der in allen Bereichen Sparen gebietet, nehmen den Vereinen die Luft: 20 Prozent weniger Zuschüsse fließen 2012 schon wegen der generellen Haushaltssperre. In ihrer Not kündigte die neue grün-schwarze Stadtregierung nun Nutzungsgebühren für alle Sportanlagen an, so dass Distelmann am Jahresende von knapp 50 Prozent weniger Sport-Euros für die Vereine ausgeht. „Wir müssen aber unsere Übungsleiter bezahlen und die Sportstät-

ten unterhalten. Wenn das Angebot nicht mehr stimmt, verlieren wir Mitglieder.“ Ein Teufelskreis. Hilfe und Solidarität von oben, aus den Sportorganisationen, sei keine zu erwarten.

Also heißt das Rezept Aufstand von unten. Auch Distelmann hat die Kulturförderung im Visier. „14,5 Millionen für das Staatstheater, da wird überhaupt nicht diskutiert. Ein Theaterabend kostet 130.000 Euro. Stadt und Land subventionieren jeden Sitz mit 65 Euro. Die Vereine erhalten für die Betreuung von 12.000 Kindern in Darmstadt im Jahr 126.000 Euro.“ Davon werden schon jetzt 20 Prozent abgezogen. Distelmann: „Das ist ein Skandal, das Darmstadt sich so etwas leisten kann.“

Schluss mit lustig. Auch er begreift Sport als kulturelle Bewegung und mag ihn und die Kultur nicht gegeneinander ausspielen. „Ich gehe ja selbst gern ins Theater.“ Allerdings erwartet er von Kommunal- und Landespolitikern faire Spielregeln bei der Verteilung der schrumpfenden Subventionen. Auf beiden Seiten dürfe es keine Erbhöfe geben. Für die Vereine ist der Maßstab klar: Leistung - soziales Gewicht und Verantwortung, bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt - sind von den Kommunen und von der Politik angemessen zu unterstützen. Dafür riskieren sie den Kulturkampf. 

